

ANNE STECKNER, CORINNA TROGISCH

PARLAMENTSWAHLEN 2011 IN DER TÜRKEI

ÜBER VERSUCHE GESELLSCHAFTLICHER ALLIANZEN «VON OBEN» UND «VON UNTEN»

Nachdem die AKP (Partei für Gerechtigkeit und Entwicklung) ihren dritten Wahlsieg in Folge einfuhr und ihren Stimmenanteil noch um rund 5 Mio. erhöhen konnte, stellt sie mit 49,9 Prozent der abgegebenen gültigen Stimmen und 326 Parlamentssitzen erneut mit absoluter Mehrheit die Regierung. Zwar verlor sie in vielen kurdischen Wahlkreisen an Stimmen, doch blieb sie auch dort mitunter sogar stärkste Partei. – Einen triumphalen Erfolg erzielte der linkskurdische Wahlblock. Trotz Repressionen, Kandidatensperre und tätlicher Übergriffe auf UnterstützerInnen lag sein Wahlergebnis mit 36 Sitzen deutlich über den Erwartungen. Der aus BDP (Partei für Frieden und Demokratie) und 16 weiteren Organisationen zusammengesetzte Block hatte mit unabhängiger KandidatInnen die seit 1982 geltende 10 Prozent-Sperrklausel umgangen. Diese mussten im Vergleich zu den ListenkandidatInnen einen individuell höheren Stimmenanteil auf sich vereinen, um direkt gewählt zu werden. Der Erfolg befeuerte bereits am Wahlabend die Debatte um die Gründung einer spektrenübergreifenden linken Partei. Soweit zu den «Wahlgewinnern», auf die sich die folgende Analyse konzentriert.

«Wahlverlierer», Zuckerbrot und Peitsche

Die CHP (Republikanische Volkspartei) war mit ihrem neuen Vorsitzenden Kemal Kılıçdaroğlu als «neue CHP» mit einem weniger nationalistisch-antiislamischem Profil zu den Wahlen angetreten. Die erhofften 30 Prozent konnte sie nicht erreichen, wenngleich sie rund 5 Prozent zulegte und so zumindest eine Idee von Konkurrenz zur AKP-Alleinherrschaft aufkommen ließ. Die alte Staatspartei schlug in der Kurdenfrage moderatere Töne an; auch gab sie neben dem Projekt einer Familienversicherung z. B. die Abschaffung der 10 Prozent-Hürde und der militärischen Sondergerichte als Ziele an. Über den Bau von Atomkraftwerken in der erdbebengefährdeten Türkei visiert die «neue CHP» ein Referendum an.

Die ultra-nationalistische MHP (Partei der nationalistischen Bewegung) erlitt leichte Verluste – wahrscheinlich infolge der veröffentlichten Sex-Videos mit Spitzenpolitikern der Partei. Das vergleichsweise gute Wahlergebnis der MHP deutet darauf hin, dass es derzeit in der Türkei ein recht stabiles Reservoir an MHP-WählerInnen gibt, die die Partei über die 10 Prozent-Hürde hieven. Dass ausgerechnet die MHP eine bequeme 3/5 oder gar 2/3-Mehrheit für die AKP verhinderte, ist der bitter-ironische Beigeschmack einer Vertretung der Grauen Wölfe im Parlament.

Am Wahlabend und in den folgenden Tagen bestätigten internationale Wahlbeobachtungsdelegationen Übergriffe

gegen WählerInnen. Vor allem in kleinen Wahlbezirken und Dörfern kam es zu gewalttätigen Einschüchterungsversuchen und Rechtsverstößen durch die Polizei. Wahlbeobachter-Teams in Şırnak berichteten von kriegsähnlichen Zuständen und systematischer Repression. UrnenvorsteherInnen begleiteten Ältere und AnalphabetInnen in die Wahlkabinen und zeigten auf das Symbol der AKP. Auf den Wahlzetteln erschienen die Namen der unabhängigen KandidatInnen ohne Symbol und in kleinerer Schrift. In ärmeren Gegenden gab es seitens der AKP die üblichen Bestechungsversuche wie Geldgeschenke, Lebensmittel, Elektrogeräte und Kleidungsstücke¹.

1. ALLIANZ «VON OBEN»: DIE AKP

Die anvisierte 3/5-Mehrheit, mit der sie allein über Verfassungsänderungen hätte entscheiden können, hat die AKP knapp verpasst. Sie wird somit für die Verabschiedung einer neuen Verfassung auf andere Parteien angewiesen sein. Vorstellbar ist der Versuch der AKP, Abgeordnete anderer Fraktionen zu einem Übertritt zu bewegen. Gelänge dies, könnte sie die goldene Marke von 330 Sitzen noch erreichen und eine neue Verfassung im Alleingang konzipieren, über

¹ Eine Dokumentation der gravierendsten Verstöße: <http://www.nadir.org/nadir/initiativ/isku/hintergrund/Wahlen2011/index.htm> (alle Links zuletzt abgerufen: 14. Juni 2011)

die dann per Referendum abzustimmen wäre. Das eigentliche Ziel, mit einer bequemen 2/3-Mehrheit im Parlament die neue Verfassung ohne Referendum durchzubringen, wurde jedoch weit verfehlt. Dass die AKP trotz Verlusten in den kurdischen Gebieten weiterhin türkeiweit stärkste Partei ist und insgesamt sogar Stimmen zulegen konnte, wirft die Frage auf, welche gesellschaftlichen Dynamiken ausschlaggebend gewesen sein könnten dafür, dass praktisch jede/r Zweite sich für die AKP entschieden hat. Die Zusammenschau unterschiedlicher Aspekte ermöglicht ein Bild vom gesellschaftlichen «Appeal» der AKP und den darin enthaltenen Widersprüchen.

Gelungene Wahlpropaganda: das Narrativ der nationalen «Entwicklung»

Die AKP will «alles für die Türkei» geben und hat sich dafür das Jahr 2023, den 100. Jahrestag der Republikgründung, als Zielmarke gesetzt. Bis dahin soll die Türkei unter den weltweit zehn führenden Industrieländern und unter den fünf größten Agrarproduzenten rangieren, das jährliche Pro-Kopf-Einkommen auf 25.000 Lira steigen², die Rüstungsindustrie stärker subventioniert und um die Produktion von Panzern und Kriegsflugzeugen Hausmarke Türkei angereichert, das Straßen- und Zugstreckennetz um 10.000 km ausgeweitet und ein dritter Flughafen in Istanbul gebaut sein. Geht es nach der AKP, wird es nicht nur eine dritte Brücke über den Bosphorus geben. Neben der natürlichen Meerenge soll auch noch eine gigantische künstliche Wasserstraße zwischen Marmara- und Schwarzem Meer ausgehoben werden. Dazu ein Satellit im All, 3 Atomkraftwerke und 22 «Riesenkliniken» (nicht einfach Krankenhäuser) – all dies soll 1 Mio. Erwerbslose in Arbeit bringen.

In der Aufzählung dieser großspurigen Ziele wussten sich die Werbeagenturen der AKP des Narrativs der nationalen Entwicklung wirksam zu bedienen: das *Kalkınma* («Entwicklung») im Namen der Partei wird zur Chiffre für linearen Aufstieg und unbegrenztes Wachstum, so als könne man die Türkei auf einen zweiten Planeten auslagern. Was gestern noch Traum war, sei heute wahr geworden, brüstete sich die AKP. Ihr im In- und Ausland gefestigter Ruf, die Partei des ökonomischen Aufschwungs zu sein, hat in den vergangenen Jahren geradezu eine AKP-Hysterie ausgelöst. Nicht zuletzt wirkt Erfolg an sich anziehend: es macht einfach mehr Spaß, die absehbaren Sieger zu wählen und sich auf der Gewinnerseite zu wähnen.

Gegenüber einem derart penetranten Positiv-Image wirkte der Wahlslogan der CHP – «Die Türkei wird tief durchatmen» – vergleichsweise defensiv. Gelegenheiten zum Durchatmen versprach das CHP-Programm allerdings: u. a. will die Partei den Mindestlohn heraufsetzen, das schon vor längerem vorgestellte Projekt einer Familienversicherung und den Rechtsanspruch auf eine Mindestsicherung gegen Armut vorantreiben. Themen wie Altersarmut, erzwungene Binnenmigration, zunehmende Prekarität im informellen Sektor und der Druck auf kleine Betriebe gegenüber globaler Konkurrenz bestimmten die Broschüren der CHP. Die soziale Frage war wieder auf der Agenda der Partei, die lange vor allem damit beschäftigt gewesen war, angesichts der bahnbrechenden Wahlerfolge der AKP einen drohenden Scharia-Staat zu beschwören und den «kurdischen Separatismus» zu verteufeln.

Reichtum, Erwerbslosigkeit und Polarisierung

Die Erfolgsstory vom rasanten ökonomischen Aufstieg, die sowohl die AKP, die ihr zugeneigte Presse als auch zahlreiche internationale Medien verlässlich ventilierten, ist die Geschichte einer semiperipheren Ökonomie, deren Wachstumsraten in den vergangenen Jahren neben steigenden öffentlichen Investitionen (vor allem im Bausektor) vorwiegend vom Zustrom internationaler Direktinvestitionen abhingen. Für die Verwertung des globalen Kapitals ist die Türkei ein Durchlauferhitzer und – dank hochgradig flexibilisierter Arbeitsverhältnisse und vergleichsweise niedriger Löhne – Garant satter Profite. Das Land genieße «hohes Vertrauen», so die *Financial Times Deutschland*³.

Entsprechend rosig waren die Entwicklungen, seit die AKP am Ruder war: von einem kurzen Einbruch 2009 abgesehen, weisen die Wachstumsraten seit der schwersten Finanzkrise in der Geschichte der Türkei 2001 konstant nach oben. Die Türkei gilt als rasanter Aufsteiger unter den G20-Staaten. Die straff regulierten türkischen Banken überlebten die globale Finanzkrise 2008/2009 relativ unbeschadet. Die Inflationsraten bewegen sich seither durchgängig im einstelligen Bereich, die Türkische Lira musste nicht wieder abgewertet werden. Auch das durchschnittliche Pro-Kopf-Einkommen ist in den Jahren seit dem Regierungsantritt der AKP gewachsen, je nach Statistik hat es sich sogar mehr als verdoppelt. Allerdings sagen Durchschnittswerte nichts darüber aus, in welchen Sektoren die Einkommen gewachsen sind und wie ungleich der Reichtum verteilt ist. Von Mexiko abgesehen ist in keinem Mitgliedsland der OECD die Schere zwischen Arm und Reich so groß wie in der Türkei⁴. Dass dieser Boom also einem hochgradig ungleichen und vor allem joblosen Wachstum geschuldet ist, bestätigen selbst offizielle Statistiken, die die Erwerbslosigkeit bei gegenwärtig knapp 12 Prozent ansiedeln. Und viele derjenigen, die noch in formalisierter Erwerbsarbeit sind, müssen angesichts fortschreitender Privatisierungen großer Staatsbetriebe zunehmend prekäre Arbeitsbedingungen in Kauf nehmen, vom informellen Sektor ganz zu schweigen.

Schlichte Angst vor Jobverlust mag die Wahlentscheidung zugunsten der AKP beeinflusst haben: noch steht sie in der kollektiven Wahrnehmung für ökonomische Stabilität und ein zupackendes «Weiter so!». Zeitungen berichteten auch, dass besonders islamische Unternehmer ihren Angestellten nahelegten, die AKP zu wählen. Da in den arbeitsintensiven klein- und mittelständischen Unternehmen Anatoliens das Verhältnis zum «Patron» häufig von Familienbeziehungen oder persönlichen Vertrauens-Netzen geprägt ist, dürfte dieser Einfluss nicht zu unterschätzen sein. Hinzu kommt der Einfluss zahlreicher der AKP nahestehender religiöser Gemeinschaften, die mancherorts während des Wahlkampfes auffällig präsent waren⁵. Im gleichen Zusammenhang steht auch die Rolle islamischer Stiftungen, Bildungsinstitute und Wohltätigkeitsvereine, die dank privater Spender die strukturellen Ungleichheiten individuell ein wenig mildern und so die Akzeptanz für die vorangetriebene Marktförmigkeit aller gesellschaftlichen Sphären durch die AKP fördern.

² Derzeit liegt der Mindestlohn mit netto 600 Lira unterhalb der Hungergrenze. <http://www.emekdunyasi.net/de/aktuell/10192-kommentare-zur-festlegung-des-mindestlohns-fur-2011> ³ FTD 27. Mai 2011 ⁴ OECD-Studie: Growing Income Inequality in OECD Countries: What Drives it and How Can Policy Tackle it? Paris, 2. May 2011 ⁵ <http://www.stargazete.com/yazar/nasuhi-gungor/milletin-terazisi-sasmiyor-haber-358543.htm>

Die oberen Mittelschichten und vor allem die Oberschicht konnten indes vom neoliberalen Umbau unter der AKP profitieren. Steigende Konsumbedürfnisse werden vermehrt mit Importen aus dem Ausland befriedigt. Auch viele Rohstoffe, Zwischenprodukte und technologische Ausstattung müssen importiert werden, während die Deviseneinnahmen aus türkischen Exporten hinter diesen Ausgaben zurückbleiben. In die entstehende Lücke springt das *hot money* der globalen Märkte. Mittlerweile warnt sogar das Kapital selbst vor den Risiken des enormen Leistungsbilanzdefizits und der Abhängigkeit von kurzfristigen Auslandsinvestitionen⁶. Ein plötzlicher Abzug würde die überhitzte türkische Ökonomie in einen Abwärtsstrudel reißen.

Doch noch dreht sich das Wachstumskarussell, und die Erzählung von der rasanten Entwicklung scheint ungebrochen. Allerdings trübt eine von der regierungsnahen Tageszeitung *Sabah* veröffentlichte Umfrage den technokratischen Machbarkeitswahn: dieser zufolge rangierte auf die Frage, welches gegenwärtig das größte Problem in der Türkei sei, die Erwerbslosigkeit an oberster Stelle. Knapp ein Fünftel der Befragten gaben «Terrorismus» als ihre dringlichste Sorge an⁷. Laut der jüngsten Studie des Umfrageinstituts KONDA will fast die Hälfte der TürkInnen keinen kurdischen Nachbarn oder Geschäftspartner bzw. keinen angeheirateten Kurden/Kurdin in der Familie. Umgekehrt denken 22 Prozent der KurdInnen ähnlich⁸. In diesen Antworten spiegeln sich die derzeitigen Hauptkonfliktlinien in der Türkei, die als miteinander artikuliert zu betrachten sind: extrem ungleiche Teilhabe am gesellschaftlichen Reichtum geht einher mit der Zuspitzung einer identitär aufgeladenen Polarisierung der Gesellschaft. Diese äußert sich in offener Feindseligkeit gegenüber der kurdischen Bevölkerung und stellt kritische Stimmen vorab unter Terrorismusverdacht.

Nationalistische One-Man-Show

Wahlkämpfe in der Türkei sind stark auf Führungsfiguren ausgerichtet, auf Zurschaustellung von Männlichkeit mit demonstrativer Entschiedenheit. Tatsächlich verfügen die Parteivorsitzenden über große Entscheidungsmacht, besonders bei der Aufstellung der KandidatInnen und in der politischen Richtlinienkompetenz. Trotz formaler Einschränkungen in den Parteistatuten sind es de facto die engen Zirkel um den Parteiführer, die die Wahllisten aufstellen.

Als charismatische Führungsfigur taugt Ministerpräsident Tayyip Erdoğan allemal: ein Parteivorsitzender, der während seiner politischen Karriere aufgrund der Zitierung eines berühmten Gedichts eine Gefängnisstrafe absitzen musste, zudem in jungen Jahren als Fußballspieler aus einem alleingesessenen Istanbuler Proletarierviertel Karriere gemacht hat, ist für viele fromme TürkInnen aus der unteren Mittelschicht eine überzeugende Identifikationsfigur. Erdoğan kann einnehmend sprechen, er ist eine viel schillerndere Person als sein vergleichsweise besonnener, etwas blass wirkender Gegenspieler Kemal Kılıçdaroğlu, ein alevitischer Kurde aus Dêrsim, der im Wahlkampf das Wort Kurde wo immer möglich vermied, während Erdoğan geräuschvoll verkündet hatte, es gäbe dank der AKP keine Kurdenfrage mehr in der Türkei, sondern nur noch die Probleme einzelner kurdischer Bürger. Mit derart bewusster Ignoranz und nationalistischer Stimmungsmache hat sich die AKP von ihrer Öffnungspolitik in der Kurdenfrage verabschiedet. Speziell Erdoğan's Fischen im

Wählerreservoir der MHP passte zu den Feindseligkeiten in der Gesellschaft. Dies dürfte der AKP Stimmen eingebracht haben und auch bei dem einen oder der anderen aus den eigenen Reihen nicht schlecht angekommen sein. Nationalismus und demonstrative Stärke stärken das Lagerdenken, wirken klassenübergreifend verbindend und erklären einen Teil des Erfolgs der AKP. Auf ihrer Website sah man Erdoğan schwungvoll und resolut voranschreiten, im Hintergrund eine ganze Artillerie von Panzern und Kriegsflugzeugen. Diese martialische Bildsprache passte zum Schlagabtausch unter den Männern der drei größeren Parteien.

Wenige Tage vor den Wahlen verkündete Erdoğan obendrein, dass wenn die AKP 1999 schon an der Macht gewesen wäre, sie mit Öcalan kurzen Prozess gemacht hätte – oder als Regierung zurückgetreten wäre. Derartige chauvinistische Showdowns in Konkurrenz zum MHP-Vorsitzenden Devlet Bahçeli, der im Wahlkampf 2007 publikumswirksam mit einem Strick in der Hand Erdoğan Versagen im Umgang mit dem PKK-Führer vorgeworfen hatte, sind integraler Bestandteil der im Wahlkampf zur Schau gestellten Virilität. Erdoğan's Gebaren zeugt immer weniger von jener Partei, die in den ersten Jahren auf breite gesellschaftliche Einbindung setzte. Vielmehr ist es die One-Man-Show eines erfolgsverwöhnten Fürsten, der kratzbürstig wird, sobald die gesellschaftlichen Widersprüche nicht mehr einzuhegen sind.

Konzentration auf StammwählerInnen

Obleich sie sonst nur selten religiöses Vokabular benutzt, versuchte die AKP während des Wahlkampfes, die eigene Anhängerschaft und kritische Stimmen über die Beschwörung einer gemeinsamen muslimischen Identität mit einer ideologischen Klammer zu erfassen. Das gesellschaftliche Spektrum, um dessen Einbindung die AKP sich bemüht, hat sich jedoch verengt. Verstärkt die religiöse Karte auszuspielen, zeugt weniger von einer Suche nach Gemeinsamkeiten als von der Konzentration auf sichere Stimmen, gerade auch unter den religiös-konservativen Kräften in der kurdischen Bevölkerung. Bei seiner Wahlkampfreden in Diyarbakır stellte Erdoğan die religiöse Einheit mit den «geliebten Brüdern und Schwestern» über deren ethnische Identität, schließlich schauten doch alle BürgerInnen der Türkei beim Gebet in die gleiche Richtung, nach Mekka. Gegen die Gemeinschaft aller Muslime mache «diese Terrororganisation» (gemeint war diesmal nicht die PKK, sondern die BDP) Abdullah Öcalan zu ihrem Propheten und schüre somit die Feindseligkeit der Bevölkerung gegenüber den von der staatlichen Religionsbehörde eingesetzten, «geprüften» Imamen.

Zwar rief die BDP seit Wochen zu Aktionen zivilen Ungehorsams auf, zu denen auch die «zivilen Freitagsgebete» außerhalb der von Staats-Imamen kontrollierten Moscheen gehören. In der kurdischen Stadt Şanlıurfa erklang angeblich sogar der Gebetsruf auf Kurdisch, und der dortige Imam soll in seiner Predigt die staatliche Kurdenpolitik kritisiert haben. Auf die mediale Empörung hin beeilte er sich zu dementieren, auf Kurdisch zum Gebet gerufen zu haben. Auch der Vorsitzende der Religionsbehörde verurteilte den Gebetsruf auf Kurdisch umgehend als unislamisch und inakzeptabel.

⁶ The Economist 05. Mai 2011 ⁷ <http://www.todayszaman.com/news-245993-poll-shows-ak-party-votes-close-to-50-pct-with-two-weeks-to-elections.html> ⁸ <http://www.konda.com.tr/tr/raporlar.php?tb=3>

Die regierungsnahen Presse wettete, die «PKK-Imame» würden das einzige bleibende Band zwischen Kurden und Türken durchtrennen⁹. Tatsächlich scheint es der AKP jedoch gelungen zu sein, große Teile derjenigen einzubinden, die sich als sunnitische Muslime angesprochen fühlen. Die nicht zu vernachlässigenden Anteile der AKP in den kurdischen Gebieten und vor allem im anatolischen Kernland, in dem sie teilweise bis zu 70 Prozent der Stimmen auf sich verbuchen konnte, legen dies nahe.

Vor diesem Hintergrund sind Kritiken und Umbrüche innerhalb unterschiedlicher Strömungen des politischen Islam aufschlussreich: der muslimische Autor İhsan Eliaçık spricht vom religiös «reingewaschenen Kapitalismus» der Mächtigen und Vermögenden um die AKP, kritisiert den systemkonformen, antikommunistisch durchdrungenen Islamismus der religiösen Gemeinschaften in der Türkei und plädiert dafür, die Religion in den Dienst von Umverteilung und sozialer Gerechtigkeit zu stellen. Der «partei ferne» Kritiker mahnt, die Religiosität breiter Teile der Gesellschaft ernst zu nehmen. Eine religiös sensible «Aufklärungsbewegung» müsse mit der Bevölkerung über einen «revolutionären Islam» zugunsten einer gerechten, demokratischen Gesellschaftsordnung diskutieren.¹⁰ Auch die kleine HAS (Partei der Stimme des Volkes), eine Abspaltung der radikalislamischen SP (Glückseiligkeitspartei), kanalisiert wachsende Kritik an der AKP – nicht weil diese nicht religiös genug sei, sondern weil sie Interessen einer herrschenden «Oligarchie» bediene und augenfällig Politik fürs Kapital mache. Stattdessen gelte es, die Ökonomie zu demokratisieren, staatliche Verteilungsspielräume zugunsten des Wohlstands der breiten Massen auszuweiten und die Partizipation der Bevölkerung an grundlegenden politischen Entscheidungen verstärkt über Volksentscheide zu ermöglichen¹¹. Zwar konnte die HAS nur knapp 1 Prozent der Stimmen erringen, doch bleibt abzuwarten, inwiefern diese neu gegründete Partei in Zukunft kritisch-religiöse Kräfte an sich binden wird.

Das Kapital ist uneindeutig

Zahlreiche liberale Intellektuelle, die der AKP lange Jahre über auffallend unkritisch die Feder gehalten hatten, wendeten sich ab und schielten auf die «neue CHP». Das Gewinner-Image der AKP, ihr Stabilitätsversprechen und ihre Integrationskraft wiegen jedoch weiterhin schwer. Der größte Industriellenverband in der Türkei, TÜSIAD, wollte sich zwar Ende letzten Jahres zum Verfassungsreferendum nicht zugunsten der Regierung positionieren. Während des Wahlkampfes blieb unentschieden, ob das Großkapital nun mit der Option «neue CHP» liebäugelte, da diese in der kommenden Zeit vielleicht eher in der Lage sein würde, den politischen Rahmen für stabile Akkumulationsbedingungen zu schaffen – ohne freilich die Grundlagen der Staatsordnung und der Eigentumsverhältnisse anzutasten. Kurz nach der Wahl ließ der Vorstand von TÜSIAD dann verlauten, man erwarte in der kommenden Legislaturperiode eine neue Verfassung, auf deren Grundlage die EU-Orientierung der Türkei weiter vorangetrieben, die Arbeitslosigkeit reduziert und ökonomische Stabilität garantiert seien. Auch der Vorsitzende des traditionell AKP-treuen Unternehmerverbands MÜSIAD, in dem sich hauptsächlich das «islamische» Kapital kleiner und mittlerer Betriebe organisiert, betonte vor den Wahlen das starke Interesse seines Verbandes an einer «Atmosphäre der Stabilität».

Er brachte die Befürchtung zum Ausdruck, politische Instabilität nach den Wahlen könne eben diese gefährden¹². Diese Aussagen lassen sich so und so lesen: entweder gilt die AKP in Unternehmerkreisen auch weiterhin als Garant der Stabilität. Oder das Kapital befürchtet, das repressive Auftreten der Regierung in den vergangenen Wochen berge die Gefahr zunehmender Instabilitäten. Nach den Wahlen positionierte sich dann aber zumindest MÜSIAD sehr eindeutig: der glatte Wahlsieg der AKP verlange die Unterstützung der «Praktiken und Politiken der Regierung»¹³ – eine bezeichnende Aussage an die siegestrunke AKP.

Abnutzungserscheinungen und Repression gegen missliebige Kräfte

Der Lack der AKP hat Striemen. Nach der vollmundigen Ankündigung einer «Öffnung in der Kurdenfrage» ist wenig passiert, viele Kurdinnen und Kurden, die 2007 auf die AKP gesetzt hatten, sind enttäuscht oder zermürbt von den anhaltenden militärischen und polizeilichen Operationen in der Region. Über 3.000 demokratisch gewählte kurdische PolitikerInnen sind auf Grundlage des «Gesetzes zur Bekämpfung des Terrorismus» in Haft. Ob in der Türkei weiterhin von Stabilität im Sinne des Kapitals die Rede sein wird, ist angesichts der sich zuspitzenden sozialen Konflikte und der ausgreifenden Repression der Polizei mehr als fraglich. Die vergangenen Monate zeichneten ein besorgniserregendes Bild von der bis vor kurzem noch international hofierten Regierungspartei. Ein paar exemplarische Vorfälle mögen einen Eindruck von den gegenwärtigen Verhältnissen in der Türkei liefern:

Ahmet Altan, Herausgeber der bislang der AKP insgesamt zugeneigten Tageszeitung *Taraf*, kassierte vor kurzem infolge einer kritischen Kolumne über Erdoğan's autoritäres und großwahnhaftes Gebaren prompt eine Strafanzeige des Ministerpräsidenten¹⁴. Dieser hatte, auch das wurde von Altan und vielen anderen heftig kritisiert, wenige Wochen zuvor eine Skulptur an der türkisch-armenischen Grenze abreißen lassen, die als Symbol für die (äußerst belastete) Freundschaft beider Länder betrachtet wurde. Die Skulptur, an der ein renommierter türkischer Bildhauer seit Jahren arbeitet, stellte nach Erdoğan's persönlichem Geschmack eine «hässliche Monstrosität» dar.

Der Journalist Ahmet Şik schrieb an einem Buch über die (allseits bekannte) Infiltrierung der Polizei durch die AKP-nahe religiöse Fethullah-Gülen-Gemeinschaft. Prompt wurde Şik unter dem fadenscheinigen Vorwurf festgenommen, Mitglied von *Ergenekon* zu sein, einem Geheimbund aus hohen Militärs, Kadern der Bürokratie und laizistischen Intellektuellen, die mit Anschlägen eine Intervention des Militärs und den Umsturz der AKP anvisiert haben soll. Dabei hatte sich die Anklageschrift gegen vermutete Ergenekon-Mitglieder teils sogar auf vorangegangene Untersuchungen Şiks gestützt. Sein Manuskript wurde beschlagnahmt, die Computer des Verlags durchforstet, das Buch verboten. Şik steht nur ex-

⁹ <http://www.bugun.com.tr/kose-yazisi/158116-kurtce-ezanin-isiginda-makalesi.aspx>; <http://www.urfahabermerkezi.com/haber/kurtce-ezani-imamda-yanlanladi-16766.html>. Auch aus dem Block kamen kritische Stimmen zu einem nicht auf Arabisch ausgerufenen Gebet: <http://www.bugun.com.tr/haber-detay/158095-bdp-de-kurtce-ezan-depremi-haberi.aspx> ¹⁰ <http://www.firatnews.biz/index.php?rupeI=nuce&nucelD=42673> ¹¹ <http://www.hasparti.org.tr/page.aspx?key=program> ¹² <http://www.todayszaman.com/news-246911-advanced-democracy-new-constitution-hoped-for-after-polls.html> ¹³ <http://www.todayszaman.com/news-247131-tusiad-pushes-for-consensus-based-new-constitution-after-elections.html> ¹⁴ Im Gestus der medienwirksam stilisierten Versöhnung zog Erdoğan die Strafanzeige kurz nach den Wahlen zurück.

emplarisch für eine Reihe von kritischen JournalistInnen und AutorInnen, die in den vergangenen Monaten festgenommen wurden. Die Botschaft der Regierung an missliebige Stimmen ist unzweideutig: potentiell kann jede/r Ergenekon sein. Die Türkei nimmt derzeit auf dem internationalen Index der Pressefreiheit den 138. Platz von 178 Rängen ein.

DemonstrantInnen in der Kleinstadt Hopa an der georgischen Grenze wurden vor Erdoğan's Ankunft zur einer Wahlkampfveranstaltung derart mit Tränengas eingedeckt und zusammengeprügelt, dass ein Lehrer an den Folgen eines Herzinfarktes starb und zahlreiche Teilnehmende ärztlich bestätigte Spuren grober Misshandlung aufwiesen. Bei einer Protestveranstaltung in Ankara wurde die Aktivistin Dilşat Aktaş von Polizisten so zusammengeschlagen, dass sie für sechs Monate arbeitsunfähig wurde¹⁵. Die Tendenz, politischem Protest die Legitimität abzuspochen und im Gegenzug polizeiliche Übergriffe unverfolgt zu lassen, scheint sich vordergründig ausgezahlt zu haben: Erdoğan symbolisiert die harte Hand der AKP, die die Dinge unter Kontrolle hat und sich weder von KurdInnen noch von «linken Chaoten» auf der Nase herumtanzen lässt.

Paradox ist, dass es der AKP trotz aller Repression gegen missliebige Kräfte auch an diesem Punkt noch zu gelingen scheint, sich zugleich als durchgreifende starke Regierung wie auch als authentische Stimme der Unterdrückten zu präsentieren: ihr Duktus bleibt der einer Partei der islamisch-anatolischen Peripherie, die bislang im kemalistischen Staatsapparat der säkularen Eliten nicht vertreten gewesen sei. Ob dies zutrifft oder nicht, ist von nachrangiger Bedeutung. Entscheidend ist die Wahrnehmung der AKP in größeren Teilen der Bevölkerung. In ähnlicher Weise war es der AKP bereits in ihrer Kampagne zum Referendum über die Verfassungsänderungen 2010 gelungen, die Zustimmung zu den Änderungen in erster Linie zu einer Absage an das «alte Regime» militärischer Vormundschaft durch die Kemalisten zu stilisieren. Sicherlich konnte die AKP auch in diesen Wahlen noch ein bisschen auf der Erfolgswelle des Referendums reiten.

Den Nimbus der authentischen «Stimme des Volkes» verliert die AKP, sobald sie sich im Parlament auf die Bündnispolitik mit anderen Parteien einlassen muss, anstatt einfach durchzuregieren. Sicherlich ist auch die AKP vom Erfolg des linkskurdischen Wahlbündnisses überrascht worden, an der sie nun nicht mehr vorbeikommen wird. Sollte die AKP am Projekt einer neuen Verfassung festhalten, wird sie sich mehr als bislang auf die parlamentarische Opposition einlassen müssen, ohne zugleich die außerparlamentarischen Kräfte aus dem Weg prügeln zu lassen.

2. ALLIANZ «VON UNTEN»: DER WAHLBLOCK

Der im April offiziell gegründete «Wahlblock für Arbeit, Demokratie und Freiheit» repräsentiert ein breites Bündnis nicht-nationalistischer linker Gruppen und Parteien unter kurdischer Führung¹⁶.

Als Repräsentanten der nichtkurdischen Linken wurden auf diesem Wege der EMEP-Vorsitzende Abdullah Levent Tüzel, der Filmemacher Sirri Süreyya Önder sowie der ehemalige militante Linke und einziger Überlebender des *Kızıldere*-Massakers 1972, Ertuğrul Kürkçü, ins Parlament gebracht. Noch kurz vor der Wahl hatte der bekannte kurdische Politiker Mustafa Avcı zugunsten des Sozialisten Tüzel auf seine Kandidatur im gleichen Istanbuler Wahlkreis verzichtet.

Vorgeschichte des Wahlblocks: Klasse vs. Identität und – Frieden?

Die dem Wahlblock zugeschriebene Bedeutung war von Anfang an groß – in den Worten des inzwischen gewählten Abgeordneten Önder: «Dieser Wahlblock steht für Deniz Gezmiş' [1972 zum Tod verurteilter und erhängter Studentenführer, d. A.] letzte Worte am Schafott: «Hoch lebe das kurdische und das türkische Volk!»». Nach den positiven Wahlergebnissen kam prompt die Frage auf, ob nun eine Situation wie 1965 entstanden sei, als die Türkische Arbeiterpartei (TİP) mit 15 Abgeordneten ins Parlament einzog und eine Blütezeit linker Politik begann.

Sowohl die Neo-TKP¹⁷ als auch die nach einer Spaltung 2009 wieder etwas stärker nationalistisch ausgerichtete Rumpf-ÖDP (Partei der Freiheit und Solidarität) waren dem Wahlblock ferngeblieben. Die Vorbehalte der 1996 als linke Bündnispartei und Hoffnungsträgerin gegründeten und seitdem durch vielfältige Spaltungen stark abgeschmolzenen ÖDP gegen den Block verweisen auf eine zentrale politische Bruchlinie zwischen linken Gruppen in der Türkei: Nachdem die Linke aus der Referendumsdiskussion 2010 stark gespalten hervorgegangen war, wurde das Verfassungsreferendum von vielen vor allem als eine Abstimmung «für oder gegen die AKP» interpretiert. Die linken Gruppen, die sich trotz unterschiedlicher Positionen zum Referendum im Wahlblock zusammengeschlossen hatten, verbindet jedoch ein anderes Kriterium, nämlich angesichts von Krieg und Repression gegen die kurdische Bevölkerung Klassenfrage und ethnische Identität als notwendig aufeinander verweisend zu begreifen. So stach die kurdische Alevitin Sebahat Tuncel als eine der fleißigsten Abgeordneten hervor: Sie setzte sich v. a. für die Anerkennung der Vergiftungen durch das Sandstrahlverfahren als Berufskrankheit ein und machte auf die verheerende Situation in den Werften von Tuzla aufmerksam, wo der Verschleiß von Menschenleben, auf billige Arbeitskraft reduziert, sich regelmäßig in tödlichen Arbeitsunfällen ausdrückt. Während die BDP sich immer wieder der Frage ausgesetzt sieht, ob sie nur als Regionalpartei agiere, führt ein Blick auf die überwältigende Mehrheit kurdischer Arbeiter in beiden Bereichen die hinter dieser Frage stehenden Vorstellungen ad absurdum. Der in Istanbul gewählte Sozialist Önder betont, die arbeitende Klasse in der Türkei sei «kurdisiert»: «Ich gehe umher und schaue mir an, wo es Drecksarbeit zu machen gibt, da sind die Kurden. Gibt es denn wirklich niemand aus Çorum unter denen, die Jeans mit dem Sandstrahlverfahren bleichen? Nein, niemand. Warum? Sind Kurden so scharf auf eine Staublunge? Nein, es geht darum, dass ein klein bisschen mehr Geld dabei herauspringt und für Kurden inzwischen der Tod nicht mehr die gleiche Bedeutung hat wie für die anderen. Es ist eine Schande. Die Klasse ist soweit kurdisiert. () Und dann gehst du hin und machst Klassenpolitik, indem du diese Identität ignorierst (...)! Schaut euch nur die an DISK angeschlossenen Gewerkschaften an (...). Die Führung einer ganzen Reihe von Gewerkschaften besteht vorwiegend aus kurdischen Leuten! Etwa weil die so gut organisieren können? Nein, die Charakteristik der Basis führt

¹⁵ <http://www.emekdunyasi.net/de/politik/12766-sie-sollte-ge-totet-werden> ¹⁶ Die beteiligten Gruppen und weitere Informationen: <http://sebahattuncel.org/emek-demokrasi-ozgurluk-bloku-bilesenleri> ¹⁷ Die heute unter der Bezeichnung TKP agierende Partei wurde 1998 gegründet und versucht, eine Kontinuität zur Türkischen Kommunistischen Partei seit 1921 herzustellen, was bei vielen Linken in der Türkei umstritten ist.

zu diesem Ergebnis. So ist die Lage. Uns bleibt nur, sie zu erkennen.»¹⁸ Sich für Frieden und eine demokratische Lösung der kurdischen Frage einzusetzen, ist mithin die dringlichste Form der Klassensolidarität in der Türkei.

Repression und Wandel der kurdischen Bewegung

Die Repression gegen den linkskurdischen Block reichte von der Durchsuchung und Verwüstung von Wahlbüros bis hin zu unzähligen Einschüchterungsversuchen gegen die Bevölkerung in den kurdischen Regionen, etwa mit Drohungen wie «Eine Stimme aus diesem Dorf für die BDP, und eure grünen Karten sind weg!»¹⁹ Von den Hunderten Millionen Lira Wahlunterstützung, die den anderen Parteien gewährt wurde, war der Block ausgeschlossen. Allein 7.000 Lira Gebühr waren pro unabhängiger Kandidatur zu entrichten. Das jetzige Wahlergebnis verweist auf eine generationenübergreifend mobilisierte Bevölkerung, die mit allem Einsatz für «ihre» KandidatInnen eintrat. Im Kontrast zeigte der Versuch der Wahlbehörde am 18. April, die Teilnahme von insgesamt 12 unabhängigen Kandidaten zu verhindern, dass nichtkurdische sozialistische Parteien dem Regime nichts entgegenzusetzen haben: die ÖDP konnte sich gegen diese politische Entscheidung nicht wehren, da sie über keine Massenbasis wie die BDP verfügt²⁰. So blieb ihr die Wahl verschlossen.

In diesem Jahr wird es auch darum gehen, ob und wie die kurdische Bewegung mit all ihren Entscheidungszentren und Facetten sich transformieren und zur Zivilität finden kann – sofern die offizielle Politik die Chance dazu eröffnet. Noch im November hatte Öcalan den beliebten Oberbürgermeister Diyarbakirs, Osman Baydemir, für dessen Aussage, die Zeit der Waffen sei nun vorbei, getadelt. Von den Medien weitgehend verschwiegen, griff die PKK am 4. Mai in Kastamonu den Konvoi Erdoğan an. Gleichzeitig gibt es Anzeichen, dass sich auch die PKK-Führung auf die Option Zivilisierung vorbereitet: Murat Karayılan, derzeitiger Führer der PKK, hat mit Zustimmung Öcalans ein Buch verfasst, das umfassende Selbstkritik der Organisation enthält, v. a. mit Blick auf Massaker an ZivilistInnen in den 1980er Jahren.²¹ Einerseits geht es darum, einer den Boden der militärischen Gegenwehr bildenden Gewaltkultur abzuschwören – sofern von den bewaffneten kurdischen Kräften ein Machtverzicht hingenommen werden kann – und andererseits darum, sich gegenüber illegitimer staatlicher Gewalt das Recht auf Gegenwehr nicht absprechen zu lassen. Eine Ohrfeige, die Sabahat Tuncel einem Zivilpolizisten im Verlauf der brutalen Polizeiübergriffe gegen die Newroz-Feiern in Batman gab, wurde medial hochgespielt, um die vermeintliche Neigung zur Gewalt der kurdischen Seite zu verdeutlichen²². Die BDP ging in die Offensive und forderte, Militäroperationen und Polizeiübergriffe mit dem gleichen Maß zu messen.

Mit der Kampagne des zivilen Ungehorsams und den «zivilen Freitagsgebeten» vor den «Zelten der demokratischen Lösung» versuchten die kurdischen Akteure etwas qualitativ Neues. Bengi Yıldız, Abgeordnete aus Batman, beschreibt den Wandel der Aktionsformen so: «Nach dreißig Jahren bewaffnetem Kampf kann man nicht in einem Tag eine Bewegung entwickeln, die alle Elemente des zivilen Ungehorsams in sich vereint oder zu hundert Prozent ghandianische Züge trägt. Ziviler Ungehorsam ist eine Kultur, es ist eine Frage der Zeit. Und die Vertreter des Staates stört es, wenn sich so eine Kultur hier verankern kann. Sie tun, was sie können, um das

zu erschweren (). Was zu unserer Gegend passt, ist die Kultur des zivilen Ungehorsams mit der der Serhildans [kurdisch für Volksaufstände, d. A.] zu einer Synthese zu verbinden. () Das heißt, vor den Panzern des Staates nicht wie ein Opferlamm den Hals hinzuhalten.»²³

Mitte Mai stellte sich Osman Baydemir, von den Medien weitestgehend totgeschwiegen, an die Spitze eines spontanen Grenzübertretts von etwa 300 Menschen zur Bergung gefallener PKK-Kämpfer²⁴. Die in Diyarbakır gewählte Leyla Zana rief zu «Stimmen für die Guerilla» auf. Ihrem Aufruf schloss sich die bekannte Menschenrechtsanwältin Eren Keskin an²⁵, woraufhin es in pazifistischen, feministischen und antimilitaristischen Kreisen zu einer hitzigen Diskussion darüber kam, inwiefern solche Äußerungen eine Haltung, die Gewalt kategorisch ablehne, verrate. Angesichts der erdrückenden Kriegsrealität wurde Keskins «Meine Stimme für die Guerilla» als Chiffre für den Wunsch, die Möglichkeit der Rückkehr von den Bergen zu schaffen, mehrheitlich akzeptiert.

Pluralismus, Religion und Geschlechterfragen en bloc

Die BDP hat einerseits nicht-kurdische Linke in die Lage versetzt, parlamentarisch etwas zu gestalten, sich andererseits auch für religiöse Kräfte geöffnet und so einen konkreten Ausblick auf mögliche Konturen einer inner- wie außerparlamentarischen pluralen Opposition gegeben. Dem Block fällt das Verdienst zu, mit dem Abgeordneten Erol Dora das erste Mal seit 1960 einen aramäischen Christen ins Parlament entsandt zu haben. Auch alevitische Verbände solidarisierten sich. Sie repräsentieren allerdings nur einen Teil der alevitischen Minderheit, der traditionell eine Nähe zur CHP bescheinigt wird und die heute ihre Stimmen auf verschiedene Parteien verteilt.

Neben repräsentativer Pluralität gibt es auch andere ungewöhnliche Bewegungen im und um den Block. Zwei Tage vor den Wahlen verlauteten sogar anarchistische Kreise aus Ankara und Istanbul ihre Unterstützung.²⁶ Der Regisseur Önder, bekannt als charismatisch und allürenfrei, vertritt nachdrücklich die Einsicht in die Artikulation von Klasse und kurdischer Identität als *raison d'être* des Blocks. Im Wahlkampf trat Önder u. a. dadurch hervor, dass er explizit Rat bei Feministinnen suchte und sich als einziger in Ansprachen und Kommentaren auch auf Lesben, Schwule, Bi- und Transsexuelle bezog. Außerdem legte er etwas völlig im Kontrast zur maskulinistisch geprägten Kultur der Linken Stehendes an den Tag: Selbstkritik. Seine aufrichtigen Entschuldigungen bei den türkischen ArmenierInnen für ein oberflächliches Vorgehen in Sachen Geschichte, bei Feministinnen für sexistischen Sprachgebrauch und bei LGBTT people für mangelnde «Nähe» zu ihrer Situation brechen mit herrschenden Codes²⁷. Während die BDP als einzige Partei zahlreiche Frauen in Führungspositionen und als Abgeordnete vorweisen kann – 30 Prozent der jetzigen Abgeordneten sind Frauen – und die politische Innovation des Co-Vorsitzes praktiziert, nimmt das

¹⁸ Interview mit Sirri Süreyya Önder in Express Dergisi 120/2011: 32–35. ¹⁹ Die «grüne Karte» verschafft bedürftigen InhaberInnen trotz fehlender Krankenkassenbeiträge Zugang zum Gesundheitssystem. ²⁰ Interview mit Alper Taş in Express Dergisi 120/2011: 14–15. ²¹ <http://www.taraf.com.tr/yildiray-ogur/makale-bir-savasin-anatomisi.htm> ²² <http://www.haberturk.com/yasam/haber/612763-bdpli-tuncelden-baskomisere-tokat> ²³ Interview mit Bengi Yıldız, Express Dergisi 120/2011: 16–18. ²⁴ <http://www.haberpan.com/haber/bdpliler-daglara-cikip-ceset-aradi> ²⁵ Eren Keskin: Benim oyum da gerillaya...; in: Özgür Gündem 7. Juni 2011 ²⁶ <http://www.emekdunyasi.net/ed/siyaset/12817-anarsistler-ve-anti-otoriterlerden-bagimsiz-adaylara-destek> ²⁷ <http://en.firatnews.org/index.php?rupel=article&nucelD=2347>

Thema Frauen auch im Wahlmanifest des Blocks²⁸ großen Raum ein. Zur von der BDP propagierten «demokratischen Autonomie» heißt es dort, sie sei «im Grunde ein Frauenprojekt»²⁹. Die im Manifest geübte Staatskritik ist merkbar an feministischem Denken geschult. Viele Stellen gemahnen indes an den ökofeministischen Diskurs mit seinen bedenklichen Idealisierungen, etwa wenn bekannt wird, «mit dem Einfühlungsvermögen der Frau» gegen eine «Krieg und Hass schaffende Politik» kämpfen zu wollen, und, wie sich durch das Programm durchzieht, eine Nähe zwischen Frauen und Natur herbeigeschrieben wird. Hier kommt mehr Zivilisationskritik denn konsequente Kritik geschlechtshierarchischer Arbeitsteilung zum Ausdruck. Gleichzeitig nimmt der Bezug auf diesen Theorieansatz mit Blick auf die generationenübergreifende Mobilisierung der Frauen einer stark agrarisch geprägten Gesellschaft nicht wunder. Die Mystifikationen werden aber von – durch die BDP-Praxis verbrieften – Forderungen nach einer Frauenquote von 40 Prozent, nach Frauenkommunalräten bis auf Dorfebene und der unbedingten Zusammenarbeit mit Frauenorganisationen im Bereich Gewalt geerdet.

In den kurdischen Regionen wird der Kampf mit der AKP um die Köpfe und Herzen der Menschen auch über den Bezug auf Religion ausgetragen. Oft wurde gefragt, ob die Öffnung der BDP für religiöse und bürgerliche kurdische Kräfte und die Aufstellung entsprechender Kandidaten im Block nicht die sozialistische oder linke Ausrichtung der kurdischen Bewegung in Frage stelle. Der Abgeordnete Yıldız begegnete dieser Frage vor den Wahlen so: «Wir dürfen nicht vergessen, dass unsere Bewegung sowohl einen sozialistischen Charakter hat, als auch die Bewegung eines unterdrückten, kolonisierten Volkes ist. In einem kolonisierten Volk gibt es konservative, sozialistische, nationalistische und liberale Kräfte. () Niemand soll glauben, die Hauptcharakteristik der Bewegung werde sich ändern. Ganz im Gegenteil: die von uns aufgestellten Kandidaten werden die sozialistische Grundströmung, von der ich sprach, noch stärken. (...) So bekommen auch jene außerhalb der eigenen Kreise eine Chance zu deuten, was Sozialismus ist. Man macht keine sozialistische oder linke Politik, indem man sagt, «wir haben zwei Millionen Stimmen, das reicht uns.»³⁰ Die Öffnung für religiöse Politiker ist, wie im Fall des Abgeordneten Altan Tan (Diyarbakır), nicht immer gleichbedeutend mit einer Öffnung nach rechts. Gegen die nationalistische Politik der türkischen Religionsbehörde, die in religiöse Zeremonien die Loyalität zum Staat zu mischen versucht und die der Wahlblock laut Manifest abschaffen möchte, hat Tan religiöse Einwände: niemand solle sich «zwischen Gott und seinen Diener» stellen. Gleichzeitig lobt Tan die «segensreiche» Aufstellung des Christen Erol Dora und plädiert dafür, den damit begonnenen Prozess weiterzuführen³¹.

Ein erster Ausblick

Je zivil-widerständiger die kurdische Bewegung wird, desto mehr wird auch Religion als Thema ins Zentrum rücken. Das verspricht auch gerade angesichts des hohen Politisierungsgrades kurdischer Frauen spannend zu werden. Bisher kam in der Türkei der Bezug auf Religion von rechts. Die vorhandenen Ansätze, Religiosität eine Bedeutung zu geben, die nicht unter nationalchauvinistischem Vorzeichen steht, bedeuten eine Herausforderung an die Linke.

Ein BDP-geführter Block mit 35 Abgeordneten, der sich nicht mehr glaubwürdig als «Terroristen» oder als «regionale Kraft» abqualifizieren lässt, birgt die Chance, dass nicht noch weitere Generationen im Krieg aufwachsen müssen. Eine möglichst umfassende politische Amnestie und die Abschaffung der 10 Prozent-Hürde sind unmittelbare Ziele der parlamentarischen Arbeit. Sollte es auf beiden Seiten den Willen dazu geben: Je mehr Guerilleros/as aus den Bergen zurückkommen, desto größer sind die Chancen für eine Aufarbeitung des Krieges und gesellschaftliche Aussöhnung.

Nachdem von Abdullah Öcalan zunächst ein Waffenstillstand über den 15. Juni hinaus erklärt wurde, zeigt das Tableau nach den Wahlen eine zugespitzte Auseinandersetzung um die Zulassung einiger unabhängiger KandidatInnen. Im Zentrum steht der in Diyarbakır gewählte Hatip Dicle, dem aufgrund einer eilig vor den Wahlen erfolgten Verurteilung der Einzug ins Parlament verweigert wurde. Die VertreterInnen des Blocks erklärten daraufhin ihren Boykott. Formal folgen partielle Neuwahlen, wenn mehr als 5 Prozent der Abgeordneten zurücktreten. Sollte Dicle tatsächlich seinen Platz im Parlament nicht einnehmen können, würden 80.000 Wahlstimmen ignoriert und eine AKP-Abgeordnete nachrücken. Der Regierungspartei würden dann nur noch drei Sitze fehlen, um die 3/5-Mehrheit zu erreichen. In Printmedien und Talkshows wird nun mit Schlagzeilen wie der, ob «Recht oder Volkswille» der Vorrang zu geben sei, diskutiert. Ob dieser Prozess die kurdische Frage einer zivilen Lösung näher bringt, bleibt fraglich.

Anne Steckner ist Promotionsstipendiatin der RLS.

Thema der Dissertation: «Neoliberal-Islamische Synthese: Kapitalismus und Religion in der Türkei unter der AKP».

Corinna Trogisch ist ehemalige Stipendiatin und derzeit lokale Projektkoordination der RLS in Istanbul. Sie promoviert zum Thema «Sozialistischer Feminismus in der Türkei».

²⁸ Ungekürzt ins Deutsche übersetzt: <http://kurdsoilsh.blogspot.de/images/WahlbndnisfrArbeitDemokratieundFriedenWahlmanifest2011.pdf> ²⁹ Wahlmanifest S. 4 ³⁰ vgl. Fn. 23 ³¹ Interview mit Altan Tan, Express Dergisi 120/2011: 24/25.

IMPRESSUM

STANDPUNKTE wird herausgegeben von der Rosa-Luxemburg-Stiftung und erscheint unregelmäßig
Redaktion: Marion Schütrumpf-Kunze
Franz-Mehring-Platz 1 · 10243 Berlin · Tel. 030 44310-127
Fax -122 · m.schuetrumpf@rosalux.de · www.rosalux.de

ISSN 1867-3163 (PRINT), ISSN 1867-3171 (INTERNET)

IN DER REIHE «STANDPUNKTE 2011»

BEREITS ERSCHIENEN:

01/2011
JÖRN SCHÜTRUMPF
Rosa Luxemburg oder: die Freiheit der Andersdenkenden

02/2011
JOCHEN WEICHOLD
Der Höhenflug der Grünen –
eine Herausforderung für DIE LINKE?

03/2011
AXEL TROOST
Quo vadis Finanzreform?
Die Vorhaben zur Regulierung der internationalen
Finanzmärkte und was daraus geworden ist

04/2011
MICHAELA KLINGBERG
Der Sockel des Kaisers muss es sein

05/2011
ROLF GÖSSNER
Im Geist des Kalten Krieges –
im Namen der «streitbaren Demokratie»
Bundesverwaltungsgericht: Verfassungsschutz-Beobachtung
Bodo Ramelow (MdB) und der Linkspartei ist rechtmäßig

06/2011
FRIEDRICH BURSCHEL
Geld gegen Gesinnung. Bundesförderung gegen alle
möglichen «Extremismen» gibt es künftig nur noch nach
einem ideologischen Kotau

07/2011
SARAH SCHULZ
Vom Werden der fdGO. Das SRP-Verbotsurteil von 1952

08/2011
ALEXANDRA MANSKE
Die «Neu-Erfindung» der Arbeitsgesellschaft
Erosion und Beharrung in den Geschlechterverhältnissen

09/2011
HANS THIE
EXIT statt EXITUS
Das rote Projekt für den grünen Umbau in 16 Leitsätzen

10/2011
MICHAEL BRIE
Rosa Luxemburgs Symphonie zur russischen Revolution

11/2011
ULRICH BUSCH
Perspektiven der deutsch-deutschen Konvergenz bis 2020

12/2011
MARCUS HAWEL
Politische Bildungsarbeit zu Konfliktzonen
Anregungen zur Schaffung emanzipatorischer Räume

13/2011
JENS ZIMMERMANN UND REGINA WAMPER
Völkisch und sozial?
Neonazistische Agitation gegen die neue EU-Freizügigkeit
für ArbeitnehmerInnen

14/2011
WALTER RÖSLER
Eigentum – eine Grundfrage der sozialistischen Bewegung

15/2011
Energiekämpfe I: Vielfalt in Bewegung

16/2011
DIETER KLEIN
Kein Wachstum – der schwierige Fortschritt
künftiger Transformation

17/2011
Politiken des (Post)Wachstum

18/2011
Gerecht und mit System: Vorschläge der LINKEN für
einen sozial-ökologischen Umbau jenseits des
Wachstumszwangs

19/2011
RENÉ JOKISCH, MATTHIAS MONROY
Wikileaks – Bewegung im Fall Bradley Manning

20/2011
HELMUT MATTHES
Eine vorläufige Bilanz der Finanzkrise

21/2011
PETER BIERL
Tierrechts-Bewegung auf Abwegen
Ein Debattenbeitrag aus Anlass der fragwürdigen Ehrung des
Bioethikers Peter Singer durch die Giordano-Bruno-Stiftung

STANDPUNKTE INTERNATIONAL 2011

01/2011
MARTIN GLASENAPP: Die Grammatik Der Migration:
Ressourcenraub und wachsende Mobilität im westlichen
Afrika

02/2011
BENJAMIN LUIG: Die Spielregeln des Landraubs:
Zur politischen Ökonomie des Landgrabblings in Westafrika

03/2011
MAGUËYE KASSÉ. Macht.Politik.Ressourcen. Ein halbes
Jahrhundert (un)abhängige Entwicklung in Afrika

04/2011
ANNA-MARIA BOULNOIS, KEN HENSHAW
Wahlen in Nigeria – Ein Erfahrungsbericht

05/2011
GREGORY WILPERT
Zwölf Jahre Bolivarische Revolution

06/2011
RAINER SCHULTZ
Kuba: Winds of Change nach dem Parteitag?